

Presseschau 23.03.14 Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, russland.ru, Gebietszeitung Sewastopol, , Agentur Kriminform

Ukraine allgemein / Russland:

- Russland will laut Valentina Matwijenko, Vorsitzende des Föderationsrates (russisches Oberhaus), keinen Eisernen Vorhang errichten, was seinerzeit der Sowjetunion vorgeworfen wurde.
Niemand sei an einem neuen Kalten Krieg interessiert. Dies destabilisiere stark die Lage in der Welt und werde sich auf das Leben einfacher Menschen in verschiedenen Ländern negativ auswirken.
Momentan werde allerdings gegen Russland ein ernster Informationskrieg geführt, betonte sie.
Derartigen Russenhass und derartige ausufernde Russland-feindliche Propaganda habe es sogar zu der Sowjetzeit nicht gegeben, sagte sie weiter. Es sei bedauerenswert, dass die Europäer keinen Zugang zu objektiven Informationen haben. "Es ist echt bedauerlich, dass weiß für schwarz ausgegeben wird", fügte sie an. Von Seiten russischer Medien sehe sie allerdings keine tendenziösen Übermäßigkeiten in der Berichterstattung.

- Der „Rechter Sektor“, eine radikal nationalistische, paramilitärisch auftretende ukrainische Gruppe, hat bei ihrem Kongress in Kiew beschlossen, sich in eine politische Partei umzuwandeln..
„Es ist die **politische Partei Rechtssektor** entstanden. Dies geschah auf der Rechtsgrundlage der Ukrainischen nationalen Vollversammlung, die in den Rechtssektor umbenannt wurde“, sagte ein Vertreter der Partei. Zum Leiter wurde **Dmitrij Jarosch** gewählt.

Russlands Behörden hatten der Interpol Dokumente übergeben, die erforderlich sind, Jarosch auf **die internationale Fahndungsliste** zu setzen. Während der Ukraine-Krise machte er sich durch **zahlreiche antirussische Äußerungen** bemerkbar. Unter anderem **drohte er, die Pipeline zu sprengen**, über die russisches Gas nach Europa geliefert wird.

Am 1. März forderte Dmitrij Jarosch den tschetschenischen Terroristen Doku Umarow auf den Kampf gegen Russland zu unterstützen.

In der Botschaft heißt es wörtlich:

Das ukrainische Volk und die Völker des Kaukasus einigt das gemeinsam vergossene Blut. Viele Ukrainer haben mit der Waffe in der Hand den Freiheitskampf des tschetschenischen und anderer kaukasischer Völker unterstützt.

Jetzt ist es an der Zeit die Ukraine zu unterstützen!

Als Führer des "Rechten Sektors" rufe ich dazu auf, den Kampf zu aktivieren.

Russland ist nicht so stark, wie es scheint. Ihr habt jetzt die einmalige Chance zu siegen. Nutzt diese Chance!

Der Führer des Rechten Sektors Dmitrij Jarosch

- Einige Beobachter sehen im Rechten Sektor die treibende Kraft der zunehmenden Radikalisierung des Euromaidan, so Alexander Rahr, Leiter des „Berthold Beitz-Zentrums – Kompetenzzentrum für Russland, Ukraine, Belarus und Zentralasien“ bei der Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik: „Der rechte Sektor war aus meiner Sicht entscheidend für den Umsturz, weil er eine Organisation ist, die auch bereit war,

in Kampfhandlungen mit den Polizisten, mit den Sicherheitskräften einzutreten. Sie waren gut organisiert, sie hatten auch immer wieder einen Plan, wie sie angriffen, wie sie sich verteidigten, so dass sie einen großen Anteil am Erfolg des Maidans gehabt haben.“ Die Gruppe bezeichnete sich als „Teil des Selbstverteidigungssystems des Maidan“

- Russland hat die OSZE am Samstag zu einem größeren Beitrag zur Beilegung der Ukraine-Krise aufgefordert. In einer Erklärung des russischen Außenministeriums heißt es, die internationalen Beobachter sollten unparteiische und faire Arbeit leisten, um eine nationale Versöhnung zu erleichtern.
Rund 100 OSZE-Beobachter dürfen die ganze Ukraine bereisen – außer der inzwischen zu Russland gehörenden Halbinsel Krim. Unter anderem soll die Menschenrechtslage vor Ort untersucht werden.
- Inspektionen aus mehreren EU-Ländern haben keine nicht angekündigte Militärtätigkeit, die die Sicherheit benachbarter Staaten bedroht, in Russland entdeckt, teilte der russische Vizeverteidigungsminister Anatolij Antonow mit.
Im Laufe eines Monats besuchten acht ausländische Inspektionsgruppen aus den USA, Kanada, Deutschland, Frankreich und anderen westlichen Staaten Russland, die meisten davon interessierten die Gebiete, die an die Ukraine angrenzen. Zweimal wurden Stationierungsorte der Truppen die russisch-ukrainische Grenze entlang von ukrainischen Inspektoren geprüft.
- Das russische Verteidigungsministerium hat die Entscheidung Deutschlands, die militärische Kooperation mit Russland bis Ende April auszusetzen, als destruktiv verurteilt.
- Der Gaspreis für die Bevölkerung wird wahrscheinlich ab dem 1. Mai angehoben, teilte Kiew mit.
- Der Leiter des Duma-Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten Alexei Pushkov bot in Reaktion auf die Idee der USA zur Entmilitarisierung Krim an, die Selbstaflösung der NATO zu diskutieren.

Krim:

- Weniger als 2 000 von insgesamt 18 000 ukrainischen Militärangehörigen, die ihren Dienst auf der Krim verrichten, haben den Wunsch geäußert, in die Ukraine abgezogen zu werden, teilte das russische Verteidigungsministerium am Samstag mit. Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu hatte das Kommando der Schwarzmeerflotte angewiesen, dem Personal der ukrainischen Krim-Streitkräfte, welches die Halbinsel verlassen will, die Möglichkeit einzuräumen, geschlossen in die Ukraine zurückzukehren.
- (*morgens*) Der ukrainische Grenzdienst hat die Einreise ins Land vom Gelände der Krim einseitig abgesperrt. Deswegen können unter anderem ukrainische Militärs nicht ins Land zurückkehren, die ihren Wehrdienst auf der Krim leisteten. Das teilten die Behörden des Föderalen Bezirks der Krim mit.
„Das Ziel dieser provokativen Handlungen ist offensichtlich. Man will den Behörden der Krim zur Last legen, dass sie die Menschen mit Gewalt aufhalten, und somit einen Spannungsherd an der Grenze bilden“, hieß es im Bericht.
- (*abends*) Die Ukraine hat einer Agenturmeldung zufolge die Grenze zu der Schwarzmeerhalbinsel Krim für den Personen- und Fahrzeugverkehr wieder geöffnet.

Der Personen- und Güterverkehr ist wiederaufgenommen worden, bestätigte Rustam Temirgalijew, Vizepremier der Krim, am Sonntag gegenüber der Agentur Kriminform. „Heute Morgen hatte die ukrainische Seite noch Fahrzeugen aus der Krim die Einreise ins Gebiet Cherson verwehrt.“

Dem Vizepremier zufolge behindern jedoch verstärkte Kontrollen den Fahrzeugverkehr. „Die Sicherheitsvorkehrungen wurden auf beiden Seiten der Grenze verstärkt.“

Ostukraine:

- In Donezk wurden 4 Teilnehmer der prorussischen Demonstration vom 13. März festgenommen. Bei der Demo kam es zu Ausschreitungen, nachdem eine Gruppe bewaffneter Euromaidaner die Demonstranten überfallen hatten. Die 4 Festgenommenen wurden wegen des „Verdachts auf eine Straftat“ inhaftiert.
- Mehr als 100.000 Unterschriften sind bei einem „Volksreferendum“ über die Eingliederung des Gebiets Lugansk in die Russische Föderation, das in Lugansk stattfindet, versammelt worden.
Das Referendum wird in Form einer Meinungsumfrage durchgeführt. Es begann am 16. März und wird nächste Woche fortgesetzt.
Die ersten Ergebnisse des „Volksreferendums des Gebiets Lugansk“ wurden am Sonntag in einer mehrtausendköpfigen Kundgebung im Zentrum von Lugansk bekanntgegeben.
Darüber hinaus verlas eine Aktivistin die Ansprache der Einwohner des Gebiets Lugansk an Viktor Janukowitsch, in der sie den legitimen Präsidenten um Schutz bitten.
- Wie auch gestern schon protestierten über 2000 Menschen in Donezk für die Freilassung der verhafteten Anführer der prorussischen Kundgebungen und für ein Referendum über die Zukunft des Donbass.
- In Charkow gingen über 4000 Protestierende auf die Straße. Neben Föderalisierung und Selbstbestimmung wurde das Einsetzen der russischen Sprache als Amtssprache gefordert.
Außerdem verabschiedeten sie einen Aufruf an alle Regionen des Süd-Ostens, gemeinsam zu kämpfen für die Durchführung regionaler Referenden zur Föderalisierung der Ukraine und erklärten das Assoziierungsabkommen mit der EU für ungesetzlich.
Einige Teilnehmer übergaben im russischen Konsulat eine Bitte um Unterstützung im Kampf gegen die Nato-Präsenz in ihrem Land. Zu einem Zwischenfall kam es, als ein Mann aus der Westukraine mit einem Messer auf die Demonstranten losging. Die Miliz schritt ein.
- Auch in Odessa fanden Protestaktionen gegen die aktuellen Machthaber in Kiew, gegen die politisch motivierten Verfolgungen Andersdenkender, gegen Faschisten und Oligarchen, für die Freilassung der politischen Gefangenen und ein Referendum. Außerdem forderten sie die örtliche Presse auf, die gezielte, gegen die Opposition gerichtete Desinformation zu beenden. Die Aktionen verliefen trotz der Verleumdung, die Organisatoren der Aktionen würden zu Gewaltaktionen aufrufen, friedlich.

Kommentar Swetlana: Die Beteiligung in Odessa blieb weit hinter den angekündigten Erwartungen der Veranstalter zurück. Die Politik der Einschüchterung scheint Wirkung zu zeigen.